

„Stasi-Methoden“ gegen Vertriebenen-Funktionäre

Der Verband Volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) veröffentlicht folgende Pressemitteilung vom Bund der Vertriebenen (BdV, www.bund-der-vertriebenen.de), nachdem zwei Stiftungsmitglieder des BdV mit bekannten Stasi-Methoden angegriffen wurden. Laut Rudolf Reimann, Bundesvorsitzender des VLÖ, wird hier versucht, „Heimatvertriebene mundtot zu machen und medial so lange zu verfolgen, bis sie ihren Sessel im Stiftungsbeirat zur Verfügung stellen. Bei Erika Steinbach, BdV-Präsidentin und Mitglied des Deutschen Bundestags, hat diese Methode leider schon Erfolg gehabt.“ Der VLÖ lehnt diese Form der Polit-Justiz und Meinungsterror entschieden ab. Es müsse, so Reimann, erlaubt und möglich sein, „das Unrecht und die schweren Verbrechen gegen die volksdeutschen Heimatvertriebenen beim Namen zu nennen, ohne daß man zum Revanchisten oder Rechtsextremisten verurteilt wird.“ Der VLÖ zeigt sich jedenfalls mit dem Inhalt der unten angeführten Pressemeldung des BdV solidarisch:

In Protokollerklärungen zur Wahl der Stiftungsratsmitglieder für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ am 8. Juli 2010 im Deutschen Bundestag durch die Abgeordneten Angelika Schwall-Düren (SPD) und Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen) sowie nachfolgend in Interviews der Wissenschaftler Prof. Raphael Gross („Frankfurter Rundschau“, 22. 7. 2010) und Prof. Peter Steinbach (dradio.de, 23. 7. 2010) wurde der BdV wegen zweier seiner zwölf benannten Stiftungsratsmitglieder angegriffen. Äußerungen der von uns als Stellvertreter be-

nannten Mitglieder Arnold Tölg und Hartmut Saenger wurden zum Anlaß genommen, diesen beiden und dem BdV insgesamt ein revisionistisches Geschichtsbild zu unterstellen und ihnen den Willen zur Versöhnung abzusprechen. Diese Versuche sind so durchschaubar wie untauglich, wenn man die verwendeten Argumente betrachtet.

Der als untragbar bezeichnete Hartmut Saenger thematisierte in seinem Beitrag „Historischer Kontext“ („Pommersche Zeitung“, 29. 8. 2009) die polnische Politik der Zwischenkriegszeit. Seine sehr knappe Darstellung ist korrekt. Um das festzustellen, muß man weder in polnischen noch deutschen Archiven graben. Der dargestellte Sachverhalt gehört zum Grundwissen eines jeden Zeithistorikers. Da wo Saenger von einem besonders kriegerischen Verhalten Polens gesprochen hat, bezog sich das auf die unmittelbare Zeit nach 1918, in der Polen gleich mit vier seiner Nachbarländer gewaltsame Auseinandersetzungen hatte und nicht auf das „Vorfeld des Zweiten Weltkrieges“, wie Professor Gross in seinem Interview behauptet hat. Auch die Gross'sche Anklage, daß Saenger geschrieben habe, „der Zweite Weltkrieg sei nicht von Deutschland ausgegangen“, ist falsch und durch keine Stelle des Artikels belegt.

Was das zehn Jahre alte Interview („Junge Freiheit“, 7. 1. 2000) des ebenfalls angegriffenen Arnold Tölg betrifft, so sind auch seine Feststellungen zu Fragen der Ungleichbehandlung von Zwangsarbeitern unbestreitbar. Es ist ganz einfach Fakt, daß die Verschleppung zur Zwangsarbeit gemäß des Statuts für den Nürn-

berger Prozeß als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft war und deswegen „deutsche Kriegsverbrecher zurecht“, wie Arnold Tölg feststellte, verurteilt wurden, während gleichzeitig Deutsche zur Zwangsarbeit verschleppt und mißbraucht wurden und dieser Vorgang straffrei blieb. Es war zweierlei Maß. Die Zahl der Deutschen, die Zwangsarbeit leisten mußten, bezifferte Tölg auf eine Million, von denen Hunderttausende umgekommen seien. Wenn man daran Kritik üben wollte, dann nur deshalb, weil die Zahlen eher zu niedrig als zu hoch angesetzt sind. Der Sachverhalt als solcher wird von keinem seriösen Historiker bestritten.

Der platte Versuch, in einer konzertierten Aktion mit nahezu identischen Argumenten aller Beteiligten den BdV in eine Reihe mit Geschichtsfälschern zu stellen, kehrt sich bei Kenntnis der Fakten gegen die Protagonisten selbst.

Offenkundig wurden diese von benannten Stiftungsratsmitglieder akribisch durchleuchtet, unter die Lupe genommen und bis zu zehn Jahre zurück nach Angreifbarem gegraben. Dabei wurde nichts weiter gefunden, als bei zwei stellvertretenden Stiftungsratsmitgliedern Texte, die erst noch aus dem Zusammenhang gerissen werden mußten, um als angreifbar überhaupt zu taugen.

Wer immer Zitate in einen falschen Zusammenhang stellt, begibt sich seiner wissenschaftlichen Reputation oder seiner politischen Glaubwürdigkeit. Diese Methode ist nichts anderes als unseriös.

VLÖ mahnt Fischer, sich für Altösterreicher einzusetzen

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) kritisiert, daß BP Heinz Fischer bei seiner Angelobungsrede im Hohen Haus zwar die Kärntner Ortstafel-Diskussion, nicht aber die triste Lage der deutschen-altösterreichischen Volksgruppe in Slowenien ansprach. Hier das Schreiben des VLÖ-Vorsitzenden Rudolf Reimann an Fischer:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) gratuliert Ihnen

zunächst zur Angelobung vom 8. Juli 2010 im österreichischen Parlament. Gerne erinnert sich der VLÖ auch an das Jahr 1996 zurück, als das „Haus der Heimat“ in Ihrem Beisein seiner Bestimmung als Kultur- und Begegnungsstätte der volksdeutschen Heimatvertriebenen übergeben wurde. Zuletzt haben Sie in einer Grußbotschaft an die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) unmißverständlich auf das Unrecht der Vertreibung und der Beneš-Dekrete hingewiesen. Sie haben damit den Heimatver-

triebenen deutlich gemacht, daß Ihnen deren Anliegen bekannt sind und deren Sorgen bei Ihnen auf Verständnis stoßen. Dem VLÖ war es damals eine Selbstverständlichkeit, Sie vor den Angriffen aus Prag in Schutz zu nehmen und in einer Presseaussendung zu verteidigen, nachdem sich die gesamte österreichische Bundesregierung dazu nicht in der Lage gesehen hatte.

Bei Ihrer Angelobungsrede haben Sie die Kärntner Ortstafelthematik angesprochen und eine rasche Lösung im Sinne der Erkenntnis des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs (VfGH) von 2001 gefordert. Der VLÖ kennt Ihren Standpunkt in dieser Frage, vermißt aber klare Worte in einer Thematik, die Ihnen durch Zusendungen des VLÖ auch bekannt ist: Es geht um die Diskriminierung der deutschen-altösterreichischen Volksgruppe in Slowenien, die nach dem grausamen Völkermord von 1945 als kleiner Rest bis heute überlebt hat.

Die deutsche-altösterreichische Volksgruppe setzt sich seit Beginn der 1990er Jahre dafür ein, als autochthone Volksgruppe in Slowenien anerkannt zu werden. ... Die deutsche-altösterreichische Volksgruppe in Slowenien verweist immer wieder auf das Beispiel der ungarischen und italienischen Volksgruppe, die beide in der slowenischen Verfassung als autochthon anerkannt sind. Das autochthone Volksgruppenstatut garantiert wichtige Sonderrechte wie staatliche Basisförderungen zur Pflege der Kultur und zur Finanzierung des autonomen Kindergarten-, Medien- und Schulwesens, die als elementare Voraussetzungen für den Erhalt der eigenen Identität und der eigenen Muttersprache gelten. Der slowenische Staat sichert beiden Volksgruppen großzügige finanzielle Basisförderungen zu. Der deutschen-altösterreichischen Volksgruppe werden solche Privilegien vorenthalten, was sie gegenüber der ungarischen und italienischen ethnisch diskriminiert. ...

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs ersucht Sie daher dringend, sich bei Ihren Gesprächen mit slowenischen Vertretern für das autochthone Volksgruppenstatut ähnlich engagiert zu verwenden, wie Sie das zum Wohl der slowenischen Volksgruppe bei der Kärntner Ortstafeldiskussion tun. Schließlich ist es an der Zeit, die Diskriminierung der deutschen-altösterreichischen Volksgruppe zu beenden. Ich darf hier Ihre Worte aus der Angelobungsrede „Cas je zrel („Die Zeit ist reif“) verwenden, um auch hier auf die Eile einer Lösung hinzuweisen.



Neue Heimatpflegerin der Sudetendeutschen: Zuzana Finger

Seit 1. Juni ist sie neue Heimatpflegerin der Sudetendeutschen und stellt sich hiermit vor.

Mein Name ist Zuzana Finger, und ich wurde in der damaligen Tschechoslowakei, im Ländereck Slowakei – Ungarn – Österreich, geboren. Ich wuchs in einer Umgebung auf, die von den Folgen der Vertreibung der deutschen und ungarischen Bevölkerung gezeichnet ist. Diejenigen, die bleiben durften, waren gezwungen, über ihre Identität und Geschichte zu schweigen. Ihre Volkskultur wurde aus dem öffentlichen Leben verbannt, die Denkmäler verfielen, und die traditionellen Gebrauchsgegenstände wurden nicht mehr hergestellt. Ziel der damaligen Nationalitätenpolitik war kulturelle und sprachliche Assimilation und geschichtliches Vergessen.

Meine Eltern leisteten ihren persönlichen Widerstand, indem sie mir privaten Deutschunterricht bei einem karpatendeutschen Bekannten ermöglichten und sich dafür einsetzten, daß ich Germanistik in der DDR studieren konnte. Während meines Studiums lernte ich meinen späteren Mann Peter kennen, dessen Eltern ebenso Sudetendeutsche sind und die als Jugendliche mit ihren Eltern vertrieben wurden. Ich machte in der DDR wiederholt die Erfahrung, daß diese Geschichte tabu war, daß die Erinnerung in den engsten privaten Bereich verbannt wurde und Gefahr lief, nicht festgehalten werden zu können.

In den folgenden Jahren sind mein Mann und ich in die Bundesrepublik ausgewandert, ich habe im zweiten Studium Slawistik und Südosteuropakunde studiert und in meinem Berufsleben viel mit Flüchtlingen und Vertreibungsoffern zu tun gehabt. Aus meiner Lebenserfahrung weiß ich, wie kostbar die Heimat ist. Sie ist ein Anker in der Vergänglichkeit und ein Geschenk unserer Vorfahren. Man kann einem Menschen schweres Leid antun, indem man ihm das Leben läßt, aber die Heimat nimmt.

Was bleibt und bleiben muß, ist die Heimatpflege, das liebevolle Aufbewahren und Weitergeben des Kulturgutes als große Geistes- und Herzensbildung. In meinem privaten Leben sehe ich mit Freude, daß sich meine zwei Kinder für die Familienforschung interessieren. In meinem beruflichen Leben freue ich mich darauf, Sie, liebe Landsleute, bei Ihren vielfältigen und oft aufopferungsreichen heimatpflegerischen Aktivitäten tatkräftig und ganz persönlich zu unterstützen.

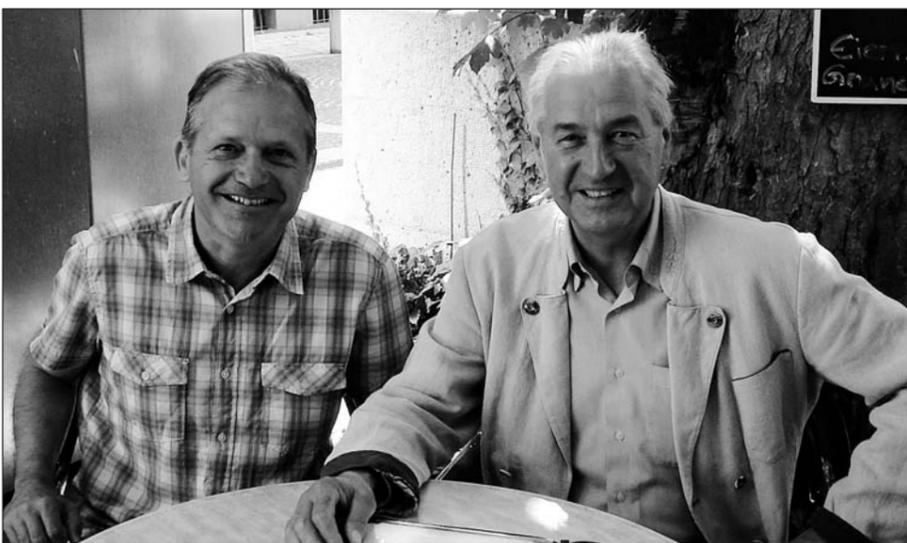
Radfernwege von Iglau nach Raabs

Im mährischen Iglau (Jihlava) wurde kürzlich ein neuer Radfernweg eingeweiht, durch den man bis in die niederösterreichische Stadt Raabs an der Thaya gelangt. Mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union war es während des vergangenen Jahres gelungen, die bis dahin unbefahrenen oder schwer zugänglichen Teilstücke der 110 Kilometer langen Trasse auf tschechischer Seite zu erschließen. An der Jungfernfahrt nahmen rund tausend Radfahrer teil. An mehreren Orten entlang der Strecke wurde das Ereignis gebührend gefeiert.

Tschechien: Führerschein-Schikane

Der ÖAMTC gibt den heimischen Lenkern über 60 Jahre, die von tschechischen Exekutivbeamten schikaniert werden, konkrete Hilfen in die Hand. Im Nachbarland Tschechien wird von österreichischen Autofahrer/innen über 60 Jahre vereinzelt rechtswidrig ein Gesundheitszeugnis verlangt, das seit kurzem für tschechische Lenker vorgeschrieben ist. Wer das Risiko einer solchen Beanstandung ausschließen will, kann nun im Internet auf www.oeamtc.at/laenderinfo unter Tschechien/Kraftfahrzeugdokumente eine Datei herunterladen, ausdrucken und mitführen. Auf dem Dokument wird in tschechischer Sprache erläutert, daß nach EU-Recht alle in Österreich ausgestellten Führerscheine in Tschechien auch ohne Gesundheitszeugnis gelten.

EUFV-Sommorgespräch mit Dr. Ernst Strasser



Vor wenigen Tagen bot sich die Gelegenheit, Herrn Dr. Ernst Strasser, Delegationsleiter der ÖVP-Abgeordneten im EU-Parlament, an seinem Urlaubsort in Bad Ischl zu treffen und ihn über den aktuellen Stand der EU-FV-Aktivitäten auf europäischer Ebene umfassend zu informieren.

Landsmann Peter Ludwig (im Bild rechts), in der Funktion als Vizeregensekretär der EU-FV, konnte Dr. Strasser unter anderem berichten, daß nunmehr eine offizielle Anerkennung dieser Organisation seitens der Europäischen Union vorliegt und diese Akkreditierung als besonderer Erfolg in Brüssel gewertet werden kann.

Es besteht beiderseitiges Einverständnis darüber, schon in nächster Zeit in Sinne einer qualifizierten Informationstätigkeit, auf EU-Abgeordnete zuzugehen und diese vor Ort über Ziele und Absichten der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen auf dem Laufenden zu halten.

Es ist geplant, schon nach der Sommerpause eine informative Gesprächsrunde mit geladenen Abgeordneten in Straßburg abzuhalten. Dr. Strasser sagte in diesem Zusammenhang zu, die Infrastruktur seines EU-Büros für die Vorbereitung und Durchführung dieses Treffens zur Verfügung zu stellen.